



VDP-THEMENMAPPE

„BERUFLICHE BILDUNG“

JULI/AUGUST 2012

INHALTSVERZEICHNIS

THEMENMAPPE DES VDP „BERUFLICHE BILDUNG“

Juli/August 2012

Themenmaterial

- VDP-Position: Länder planen, die Vielfalt in der beruflichen Ausbildung massiv einzuschränken
- Hintergrundpapier I: Berufliche Bildung für benachteiligte Jugendliche im Spiegel des Berufsbildungsbericht 2012
- Hintergrundpapier II: Akademisierung und Generalisierung – Trends in der beruflichen Bildung
- Fact-Sheet I: Was ist was? Schulische und außerbetriebliche Berufsausbildung
- Fact-Sheet II: Berufsfachschule vs. duale Ausbildung
- Fact-Sheet III: Zahlen und Fakten zur beruflichen Bildungslandschaft

Verbandsinformation

- Fact-Sheet zum Verband Deutscher Privatschulverbände



VDP-POSITION

Länder planen, Vielfalt in der beruflichen Ausbildung massiv einzuschränken

Berlin, Juli/August 2012 – Anfang Juni haben die Wirtschaftsminister der Länder beschlossen, schulische Ausbildungsgänge zu streichen, für die ausreichende betriebliche Ausbildungsplätze vorhanden sind. Damit soll die duale Ausbildung gestärkt werden. Nach Ansicht des Verbands Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) wird mit diesem Schritt dem beruflichen Bildungssystem ein massiver Schaden zugefügt.

Vollzeitschulische Ausbildungen

Der VDP fordert die Wirtschaftsminister auf, sich stattdessen für Vielfalt, Wahlfreiheit und Qualität in der Ausbildung stark zu machen. „Der Beschluss der Länder hat mit einer Optimierung des Überganges von der Schule in den Beruf, so lautet die Begründung der Wirtschaftsministerkonferenz, nichts zu tun. Vielmehr werden Ausbildungsplatzangebote künstlich verknappt“, erklärt Anja Eckert, Bundesgeschäftsführerin des VDP. Die Leidtragenden seien zum ersten Jugendliche, die sich für eine anspruchsvolle vollzeitschulische Ausbildung entschieden haben. Ausbildungen etwa zum pharmazeutisch-technischen oder medizinisch-technischen Assistenten sind so theorie- und lernintensiv, dass es für sie keine vergleichbare duale Entsprechung gibt. Dies trifft aufgrund des hohen Fremdsprachenanteils beispielsweise auch auf Berufe wie den Wirtschaftsassistenten, die Fremdsprachenkorrespondentin oder den Assistenten für Hotelmanagement zu. Hier führe eine Streichung der schulischen Bildungsangebote zu einer Einschränkung der Wahlmöglichkeit zwischen Ausbildungsgängen und zu einem Mangel an Fachkräften in diesen Bereichen.

§ 43 (2) Berufsbildungsgesetz

Zum zweiten besteht die Gefahr, dass junge Erwachsene, die „Opfer“ einer regionalen Ausbildungsknappheit sind, zukünftig nicht mehr die Möglichkeit haben werden, über den Weg einer schulischen Ausbildung in ihrer Region ihren Wunschberuf zu erlernen. Sollte der § 43 (2) Berufsbildungsgesetz, der gerade für diese Fälle geschaffen wurde, gestrichen werden, ist besonders in strukturschwachen Regionen mit einer weiteren Abwanderung von jungen Menschen zu rechnen. Viele Betroffene werden nicht ihren Wunsch aufgeben, nur um am bisherigen Wohnort bleiben zu können. Vielmehr werden sie dorthin gehen, wo sich ihre Berufsvorstellungen erfüllen lassen, meist ohne Rückkehr.

Außerbetriebliche Ausbildungsgänge

Eine Reduzierung von Ausbildungsangeboten außerhalb von Betrieben wird zum dritten auch die weniger leistungsfähigen Schulabgänger und benachteiligte Jugendliche treffen. Für sie bestehen spezielle außerbetriebliche Ausbildungsgänge als gleichwertige Alternativen zu dualen Angeboten. Denn diese Jugendlichen benötigen vielfach individuelle sozialpädagogische Betreuung und Förderangebote – also Leistungen, die Betriebe i.d.R. nicht anbieten können. Durch diese Unterstützung erreichen viele Auszubildende aber erst ihren Abschluss.



VDP-POSITION

Untersuchungen zur Ausbildungsqualität

Dass die Qualität der dualen Ausbildung längst nicht überall den Ansprüchen genügt, hat eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) offen gelegt. Laut DGB seien viele Betriebe längst nicht ausbildungsreif. Gerade in Branchen mit einem hohen Anteil an unbesetzten Ausbildungsplätzen, zum Beispiel im Hotel- und Gastgewerbe, liege die Abbrecherquote der dualen Ausbildung zwischen 30 und 47 Prozent. Auch sei die Misserfolgsquote bei Abschlussprüfungen, laut DGB ein wesentlicher Anhaltspunkt über die Qualität betrieblicher Ausbildung, bei diesen Ausbildungen besonders hoch. Sie liege deutlich über dem Durchschnitt von 8,5 Prozent und übersteige diesen zum Teil um mehr als das Doppelte. Prof. Dr. Reinhold Nickolaus, Direktor der Abteilung Berufs-, Wirtschafts- und Technikpädagogik an der Universität Stuttgart, kommt in einer Veröffentlichung für das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) zu ähnlichen Ergebnissen: Eine unsystematische traditionelle, kleingewerbliche Ausbildung sei insbesondere für die Kompetenzentwicklung bei schwächeren Schülern problematisch. Dagegen habe eine systematische schulische Ausbildung keine negativen Konsequenzen auf die Kompetenzentwicklung der Auszubildenden. „Werden nun genau in diesen Bereichen die außerbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten abgeschafft, wird dies zweierlei zur Folge haben: Die Jugendlichen haben wesentlich schlechtere Chancen auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung und der Fachkräftebedarf wird in einigen Branchen noch größer. Deshalb fordert der VDP die Politik nachdrücklich auf, ihren jetzt eingeschlagenen Weg schnell zu korrigieren“, so Eckert weiter.

Eine weitere Untersuchung der DGB-Jugend vom März 2012 zeigt, dass der sogenannte Klebeeffekt der dualen Ausbildung längst nicht in dem Umfang vorhanden ist, wie häufig postuliert. Kritiker der außerbetrieblichen Ausbildung unterstellen der dualen Ausbildung regelmäßig, dass Ausbildungsbetriebe in einem hohen Maße ihre Auszubildenden übernehmen würden. Hingegen müssten sich nicht betrieblich Ausgebildete nach ihrer Ausbildung erst einmal auf die Suche nach einem Arbeitgeber machen. Laut Untersuchung, die über 1.430 Jugendliche im letzten Ausbildungsjahr deutschlandweit befragt hatte, konnten nur 17 Prozent eine unbefristete Übernahmezusage ihrer Ausbildungsbetriebe für die Zeit nach ihrer Ausbildung vorweisen. 27 Prozent der Befragten haben nur einen zeitlich befristeten Arbeitsvertrag erhalten. Bei den restlichen 57 Prozent wollten sich die Ausbildungsbetriebe entweder noch nicht festlegen oder sie hatten schon (in 25 Prozent der Fälle) eine Weiterbeschäftigung ausgeschlossen. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass sich die Mehrheit der ausgebildeten jungen Menschen, unabhängig von ihrem Ausbildungsweg, nach ihrer beruflichen Qualifizierungsphase auf dem Arbeitsmarkt neu orientieren und um eine Anstellung bemühen muss.

HINTERGRUNDPAPIER I

Berufliche Bildung für benachteiligte Jugendliche im Spiegel des Berufsbildungsbericht 2012

Lage am Ausbildungsmarkt

Laut Berufsbildungsbericht 2012 lag das Ausbildungsplatzangebot im letzten Jahr bei 599.829 Stellen. Diesen standen insgesamt 646.800 Ausbildungsplatzsuchende gegenüber. Mit berücksichtigt sind bei der Ermittlung der Nachfrage auch Jugendliche, die trotz alternativer Beschäftigungen weiterhin eine Vermittlung in Ausbildung wünschten (insgesamt 65.190). Hinzu kamen 11.550 Jugendliche, die vollständig unversorgt waren. Damit standen im Jahr 2011 rechnerisch 100 Nachfragern 92,7 Ausbildungsplätzen gegenüber. Die Zahl der Jugendlichen im sogenannten Übergangssystem ist insgesamt um acht Prozent zum Vorjahr auf 294.294 im Jahr 2011 zurückgegangen. Ebenso rückläufig ist der Anteil der ausbildenden Betriebe: Im Jahr 2010 lag dieser nur noch bei 22,5 Prozent. Für das Jahr 2012 rechnet das Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB) insgesamt mit einer leichten Zunahme des Ausbildungsangebotes (+1,1 Prozent) bei gleichzeitigem Rückgang der Schulabgänger (- 1,0 Prozent).

Einschätzung der Lage

Trotz der scheinbaren Entspannung hat sich für viele Jugendliche die Lage auf dem Ausbildungsmarkt kaum verbessert. Weiterhin bestehen große regionale Unterschiede beim Ausbildungsangebot. Ebenso bestehen Ungleichgewichte zwischen den Branchen. Der demographisch bedingte Bewerberrückgang und die positive Wirtschaftsentwicklung in Deutschland haben nur zu 1,8 Prozent mehr Ausbildungsvertragsabschlüssen geführt. Leidtragende sind vor allem weniger leistungsfähige Jugendliche und junge Menschen mit sozialen und individuellen Benachteiligungen. Erhebungen zeigen, dass eine Reihe von Betrieben einen Ausbildungsplatz lieber unbesetzt lässt, bevor sie einen Bewerber einstellen, der zusätzliche Unterstützung benötigt. Daher sind insbesondere die benachteiligten Jugendlichen auf Qualifizierungs- und Ausbildungsmöglichkeiten neben dem dualen System angewiesen.

Spezielle Instrumente zur Unterstützung des beruflichen Einstiegs für benachteiligte Jugendliche

Berufseinstiegbegleitung: Seit 2010 unterstützen Berufseinstiegsbegleiter an Schulen Jugendliche individuell bei ihrem Berufswahlprozess und bis zu 24 Monate nach dem Schulabgang bei dem Übergang von der Schule in die Ausbildung. Derzeit sind 713 Einstiegsbegleiter an 10.70 Schulen aktiv, bis 2014 sollen es rund 1.000 Berufseinstiegsbegleiter werden. Die Finanzierung des bisher als Modellprojekt geförderten Instruments ist langfristig noch nicht geklärt. Eine Neuregelung im SGB III sieht vor, dass die Maßnahme zu 50 Prozent durch die Bundesagentur für Arbeit und zu 50 Prozent durch Dritte, insbesondere die Länder, finanziert werden muss. Bisher hat aber nur die Minderheit der Länder ihre Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung zugesichert. Für die Zukunft ist es nötig, eine stabile Finanzierungsbasis zwischen Bund und Ländern zu finden, damit das erfolgreich erprobte Instrument flächendeckend zur Anwendung kommen kann.

HINTERGRUNDPAPIER I

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen: Nicht allen Jugendliche gelingt nach dem Verlassen der Schule der direkte Einstieg in die berufliche Ausbildung. Die Gründe sind vielfältig: Einige von ihnen können zum Beispiel keinen Schulabschluss vorweisen, einige werden in Bewerbungsverfahren von ausbildenden Betrieben als nicht ausbildungsreif eingestuft und bei einigen stimmt der Berufswunsch nicht hinreichend mit den persönlichen Fähigkeiten überein. In berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen bekommen förderbedürftige Jugendliche die Chance, ihren Schulabschluss nachzuholen, ihnen werden Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Aufnahme einer Berufsausbildung vermittelt und es wird ihnen geholfen, sich im Spektrum für sie geeigneter Berufe zu orientieren und hier eine Berufswahlentscheidung zu treffen. Im Jahr 2011 wurden rund 92.000 Jugendliche in berufsvorbereitenden Maßnahmen erfolgreich weitergebildet.

Ausbildungsbegleitende Hilfen: Eine Reihe von Jugendlichen haben während ihrer Ausbildungsphasen, in denen sie den persönlichen und/oder fachlichen Ansprüchen, die an sie gestellt werden, nicht gerecht werden. Damit diese Jugendlichen ihre Ausbildung fortsetzen und ein Abbruch verhindert wird, können sie ausbildungsbegleitende Hilfen in Anspruch nehmen. In zusätzlichen Unterrichtseinheiten werden ihnen fachtheoretische und –praktische Kenntnisse vermittelt. Darüber hinaus können die Jugendlichen sozialpädagogische Betreuung zur persönlichen Stabilisierung in Anspruch nehmen. Im Jahr 2011 haben durchschnittlich 472.500 Jugendliche ausbildungsbegleitende Hilfen in Anspruch genommen.

Außerbetriebliche Berufsausbildungen: Außerbetriebliche Ausbildungen richten sich in erster Linie an Jugendliche mit sog. Marktbenachteiligungen, d.h. mit schlechten Chancen auf dem dualen Ausbildungsmarkt, mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwächen und Behinderungen. Außerbetriebliche Ausbildungen führen ebenso wie die duale Ausbildung zu einem staatlich anerkannten Berufsabschluss. Während der außerbetrieblichen Ausbildungen erhalten die Jugendlichen neben der beruflichen Qualifizierung, zusätzliche individuelle fachliche und soziale Unterstützung. Dies trägt maßgeblich zu einem Abbau von etwaigen Leistungsdefiziten und zur persönlichen sowie sozialen Stabilisierung bei. Außerbetriebliche Ausbildungen werden darüber definiert, dass sie zu über 50 Prozent durch die öffentliche Hand finanziert werden, Aussagen über den Lernort sind damit nicht verbunden. Insgesamt wurden im Jahr 2011 5,4 Prozent (30.494) aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge für außerbetriebliche Ausbildungen abgeschlossen. Dabei liegt der Anteil außerbetrieblicher Ausbildungen an allen Ausbildungsvereinbarungen in den Bundesländern zwischen 3,5 und 25 Prozent. In den östlichen Bundesländern ist das Angebot höher als in Westdeutschland. Der höhere Anteil ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass hier eine z.T. anhaltend ungünstigere Ausbildungsmarktlage in Form fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze vorliegt.

HINTERGRUNDPAPIER II

Akademisierung und Generalisierung – Trends in der beruflichen Bildung

In den letzten Jahren ist die berufliche Bildung in Bewegung gekommen. Ursächlich sind vor allem gesellschaftspolitische Entwicklungen: Eine zunehmende Internationalisierung im Bildungsbereich, befördert unter anderem durch die Einführung des Europäischen Qualifikationsrahmens mit seinen nationalen Pendanten, hat eine verstärkte Orientierung an hochschulischen Abschlüssen Vorschub geleistet. Seither steht die Akademisierung vieler Ausbildungsberufe auf der bildungspolitischen Agenda. Gleichzeitig suchen Wirtschaft und Politik möglichst schnell wirkende Lösungen, um dem bereits jetzt spürbaren demographisch bedingten Lehrlings- und Fachkräftemangel zu begegnen: Ausbildungszeiten sollen verkürzt und Ausbildungsberufe zusammengelegt werden.

Ziel Höherqualifizierung

Wo kommt der Trend zur Akademisierung eigentlich her? Die Forderung nach einer zunehmenden Akademisierung der Bildung hat ihren Ursprung in den USA der 70er Jahre. Hier wurde die Annahme publik und schnell populär, dass post-industrielle Gesellschaften vor allem Wissensgesellschaften seien. Daher sei die Quote der akademisch ausgebildeten Arbeitnehmer rasch zu erhöhen. Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat sich dieser Argumentation angenommen und propagiert sie seit längerem nachdrücklich. Für Deutschland ist festzustellen, dass seine Wirtschaft, trotz Ausweitung der Wissensgesellschaft, weiterhin zu einem bedeutenden Teil von Industrieunternehmen geprägt ist. Die Anforderungen an Arbeitnehmer in der (industriellen) Arbeitswelt sind aber andere als in der Wissenschaft. In der Arbeitswelt müsse stets zwischen Funktionalität, Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit abgewogen werden, in der Wissenschaft zähle hingegen die Vermehrung von disziplinärem Wissen, so Prof. Dr. Felix Rauner, Berufsbildungsforscher an der Universität Bremen. Mit anderen Worten: Die Akademisierung geht in Teilen an den Bedarfen der Arbeitswelt vorbei.

Angenommene Bedarfsentwicklung

Wie sieht die prognostizierte Nachfrage nach Akademikern in fünf, zehn und fünfzehn Jahren aus? Schließlich wird branchenübergreifend vom Mangel an qualifiziertem Personal gesprochen. Das Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB) geht in einer neuen Untersuchung davon aus, dass bis zum Jahr 2030 der Bedarf an akademisch ausgebildeten Arbeitnehmern hinreichend gedeckt ist. Die Engpässe werden vielmehr bei Fachkräften der mittleren Qualifikationsebene erwartet. Das zeigt sich auch, wenn man die Berufshauptfelder betrachtet, in denen ein Fachkräftemangel erwartet wird. Hier sind beispielsweise zu nennen: be-, verarbeitende und instand setzende Berufe, Berufe im Warenhandel und Vertrieb, Gastronomie- und

HINTERGRUNDPAPIER II

Reinigungsberufe sowie Gesundheits- und Sozialberufe. Weiter stellt das BIBB fest, dass der Trend zu mehr akademischen Abschlüssen anhalten werde, wohingegen der betriebliche Bedarf zwar auch steige, aber deutlich langsamer als das Angebot.

Generalisierung vs. Spezialisierung

Was geschieht derzeit in der beruflichen Bildung außerhalb von Hochschulen? Hier wirkt sich der demographische Wandel in einigen Bereichen schon sehr direkt auf Ausbildungsgänge aus. So wird beispielsweise spätestens ab 2014 aus den Ausbildungen „Bürokaufmann“, „Kaufleute für Bürokommunikation“ und „Fachangestellte für Bürokommunikation“ eine Ausbildung zum „Kaufmann für Büromanagement“ entstehen. BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser benannte kürzlich als einen Grund für die Zusammenlegung der Ausbildungen: „In Zeiten sinkender Schulabgängerzahlen sind sie [die breit angelegten Berufe] im dualen System besser zu organisieren als viele kleine Nischenberufe. Das gilt insbesondere für den Berufsschulunterricht.“ Von der Entwicklung hin zur Generalisierung der Ausbildung sind derzeit auch die Pflegeberufe betroffen. Hier ist geplant, die Alten- mit der Krankenpflege zu einer generalistisch angelegten Pflegeausbildung zusammenzufassen. Eine Motivation hierfür ist der signifikante Mangel an Pflegekräften in Krankenhäusern. Durch die geplante Zusammenlegung der Ausbildung könnten die Absolventen sowohl in der Altenpflege als auch in der Krankenpflege eingesetzt werden. Damit würde der Fachkräftemangel aber nicht beseitigt, sondern voraussichtlich zu Lasten der Altenpflegeeinrichtungen nur verschoben, insbesondere weil junge Menschen sich erfahrungsgemäß stärker für die Krankenpflege interessieren und entscheiden.

Zusammenfassung und Ausblick

Die dargestellten Trends in der beruflichen Bildung, also die Akademisierung und Generalisierung, sind wie so häufig ambivalent zu beurteilen. In Teilen entsprechen neue akademische Bildungsangebote den Bedarfen einer komplexer und internationaler werdenden Arbeitswelt. Aber eben nur in Teilen. Bei aller Euphorie zur Höherqualifizierung darf in keinem Fall die allseits gelobte und im Ausland beneidete berufliche Bildung in Deutschland abgewertet und qualitativ ausgehöhlt werden.

FACT-SHEET I

Was ist Was? Schulische und außerbetriebliche Berufsausbildung

Schulische Berufsausbildungen

- führen zu einem staatlich anerkannten schulischen Berufsabschluss
- stehen i.d.R. nicht in Konkurrenz zu dualen Ausbildungen, da sie eigenständige Ausbildungsgänge darstellen
- sind inhaltlich im Allgemeinen gekennzeichnet durch einen hohen Theorieanteil, der in der dualen Ausbildung nur schwer oder unvollständig vermittelbar ist
- Beispiele für vollzeitschulische Ausbildungen: Heilerziehungspflege, Physiotherapie, Wirtschaftsassistenz, Biologisch-technische Assistenz, Pharmazeutisch-technische Assistenz, Technische Assistenz für Informatik, Fremdsprachenkorrespondenz
- i.d.R besteht keine Ausbildungsvergütung
- Ausbildungslänge: zwischen einem und drei Jahren
- Ort der Ausbildung: Berufsfachschulen und Berufskollegs
- Finanzierung: als Ersatzschule haben Berufsfachschulen Anspruch auf staatl. (Teil-) Finanzierung; als Ergänzungsschule besteht keinen Anspruch auf staatl. Finanzierung, daher in erster Linie Finanzierung durch Schulgelder sowie weitere Mittel von Kostenträgern

Außerbetriebliche Ausbildungen

- führen zu einem staatlich anerkannten Berufsabschluss
- richten sich in erster Linie an Jugendliche, die im dualen System keinen Ausbildungsplatz erhalten haben und Jugendliche, die den Anforderungen einer dualen Ausbildung nicht gewachsen sind
- bilden in anerkannten Ausbildungsberufen aus und bereiten auf die entsprechenden Berufsabschlussprüfungen vor Kammern vor
- Ausbildung basiert auf drei Säulen: 1. Säule: Vermittlung von fachlichen und praktischen Kenntnissen und Fähigkeiten; 2. Säule: Theorieunterricht; 3. Säule: sozialpädagogische Unterstützung zur persönlichen und sozialen Stabilisierung
- die Auszubildenden erhalten eine Ausbildungsvergütung
- Praxis- und realer Ausbildungsbezug durch mehrmonatige betriebliche Praktika und Ausbildung in Werkstätten, Laboren und Trainingsfirmen
- Finanzierung durch die öffentliche Hand (insb. Bundesagentur für Arbeit)

FACT-SHEET II

Berufsfachschulische vs. duale Ausbildungen Gleichsetzung verkennt Differenzen in Inhalten und Zielsetzungen

Viele spezifische berufsfachschulische Ausbildungsangebote lassen sich nicht pauschal mit dualen Ausbildungsangeboten gleichsetzen. So unterscheiden sich beispielsweise die Ausbildung zum „Assistenten für Hotelmanagement“ und die duale „Hotelkaufmann-Ausbildung“ oder die zweijährige „Wirtschaftsassistenten-Ausbildung“ und die duale dreijährige „Bürokaufmann-Ausbildung“ voneinander. Es besteht eine Reihe von Differenzen in Inhalten, Zielsetzungen und Zielgruppen der jeweiligen Ausbildungen, die hier exemplarisch dargestellt werden.

	Assistent/-in für Hotelmanagement (schulisch)	Hotelkauffrau/-mann (dual)
Zugangsvoraussetzung	Abitur	Haupt- und Realschulabschluss
Zielsetzung	Fach- und Führungsaufgaben im Hotelmanagementbereich	kaufmännische Aufgaben im Dienstleistungsbereich
Ausbildungsdauer	2/3 Jahre	3 Jahre
berufliches Einsatzgebiet	Unterstützung der Geschäftsleitung bei Managementaufgaben wie Marketing, Verkauf, Controlling, Buchhaltung, Personalmanagement	Verwaltende und ausführende Tätigkeit (Einkauf, Buchhaltung, Kundenbetreuung) im direkten Kundenbereich
Sprachausbildung	drei Fremdsprachen	ein bis zwei Fremdsprachen
Prüfungsfächer	Französisch, Englisch, Unternehmensführung, Rechnungswesen, Touristik, Datenverarbeitung	Hotelbetrieb und Hotelorganisation; kaufmännische Steuerung und Kontrolle; Wirtschafts- und Sozialkunde

Quellen: Berufenet der Bundesagentur für Arbeit // VDP

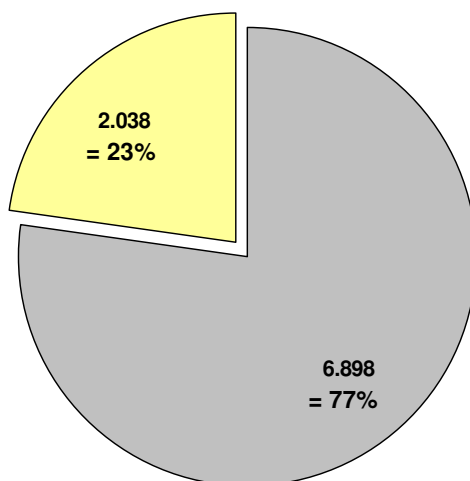
	Wirtschaftsassistent/-in (schulisch)	Bürokauffrau/-mann (dual)
Zugangsvoraussetzung	Realschulabschluss, Abitur	Haupt- und Realschulabschluss
Zielsetzung	verwaltend-kommunikative Sachbearbeitertätigkeiten	kaufmännisch-verwaltende Sachbearbeitertätigkeiten
Ausbildungsdauer	2 Jahre	3 Jahre
berufliches Einsatzgebiet	bürotechnische Tätigkeiten (Organisation, Kommunikation, Rechnungsbearbeitung) insbesondere im internationalen Unternehmensumfeld	kaufmännische Aufgaben in Bereichen wie Buchführung, Personalverwaltung, Rechnungsbearbeitung
Sprachausbildung	1. Fremdsprache 480 Unterrichtsstunden 2. Fremdsprache 460 U-Stunden z.T. 3. Fremdsprache 240 U-Stunden	Fremdsprache mit 120 Unterrichtsstunden

Quellen: Berufenet der Bundesagentur für Arbeit // VDP

FACT-SHEET III

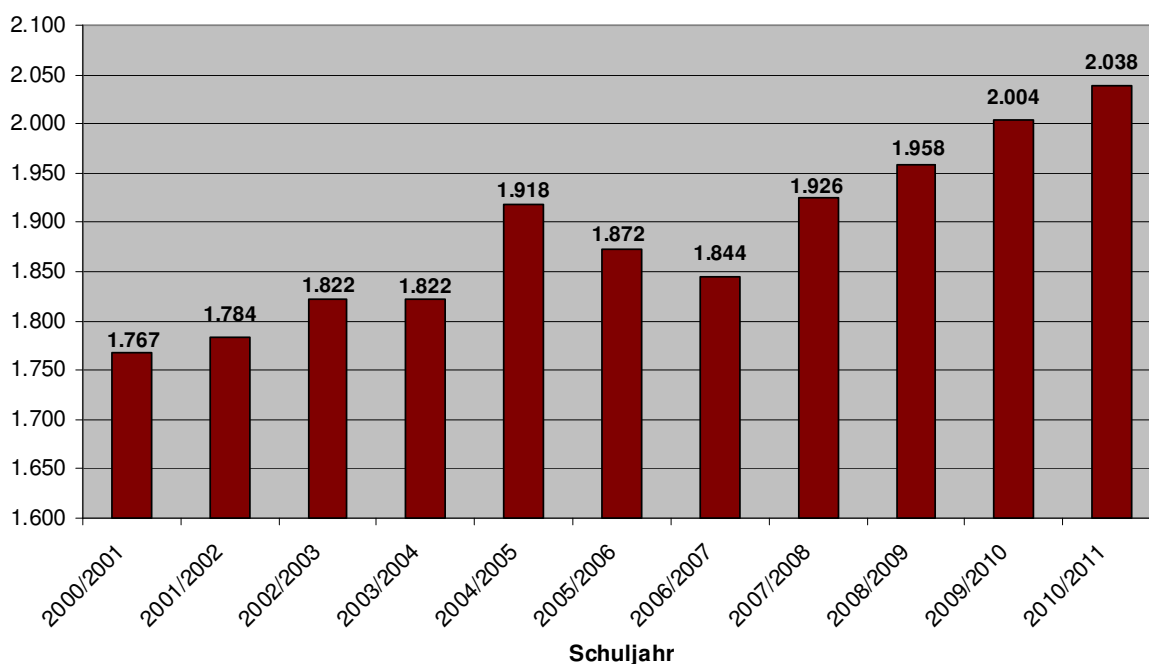
Zahlen und Daten

1. Anzahl der berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft in Deutschland bezogen auf die Gesamtzahl der berufsbildenden Schulen, Schuljahr 2010/11



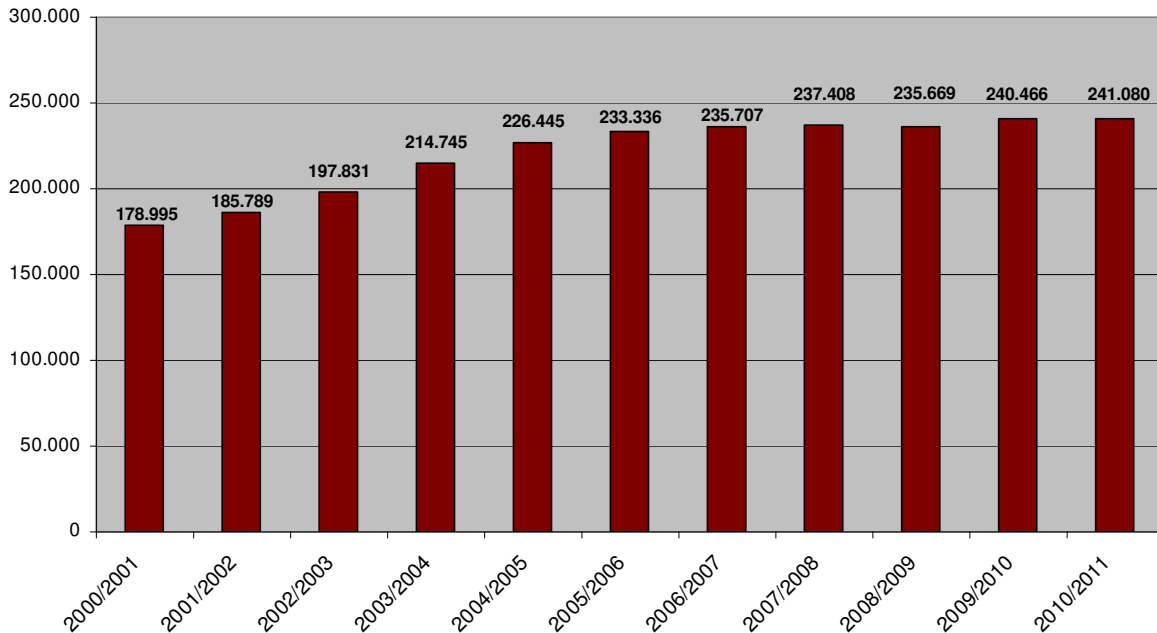
■ staatliche berufsbildende Schulen ■ private berufsbildende Schulen

2. Anzahl der berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft in Deutschland Entwicklung 2000/01 bis 2010/11

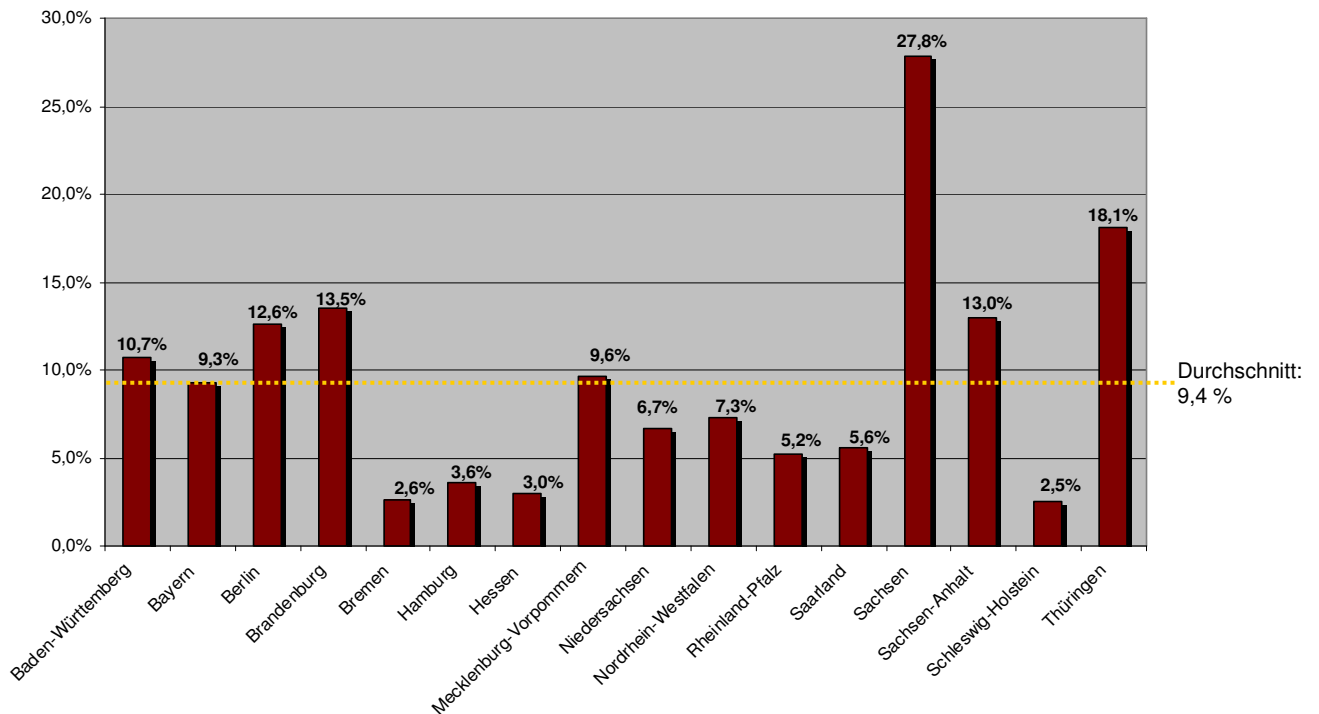


FACT-SHEET III

3. Anzahl der Schüler an berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft in Deutschland Entwicklung 2000/01 bis 2010/11

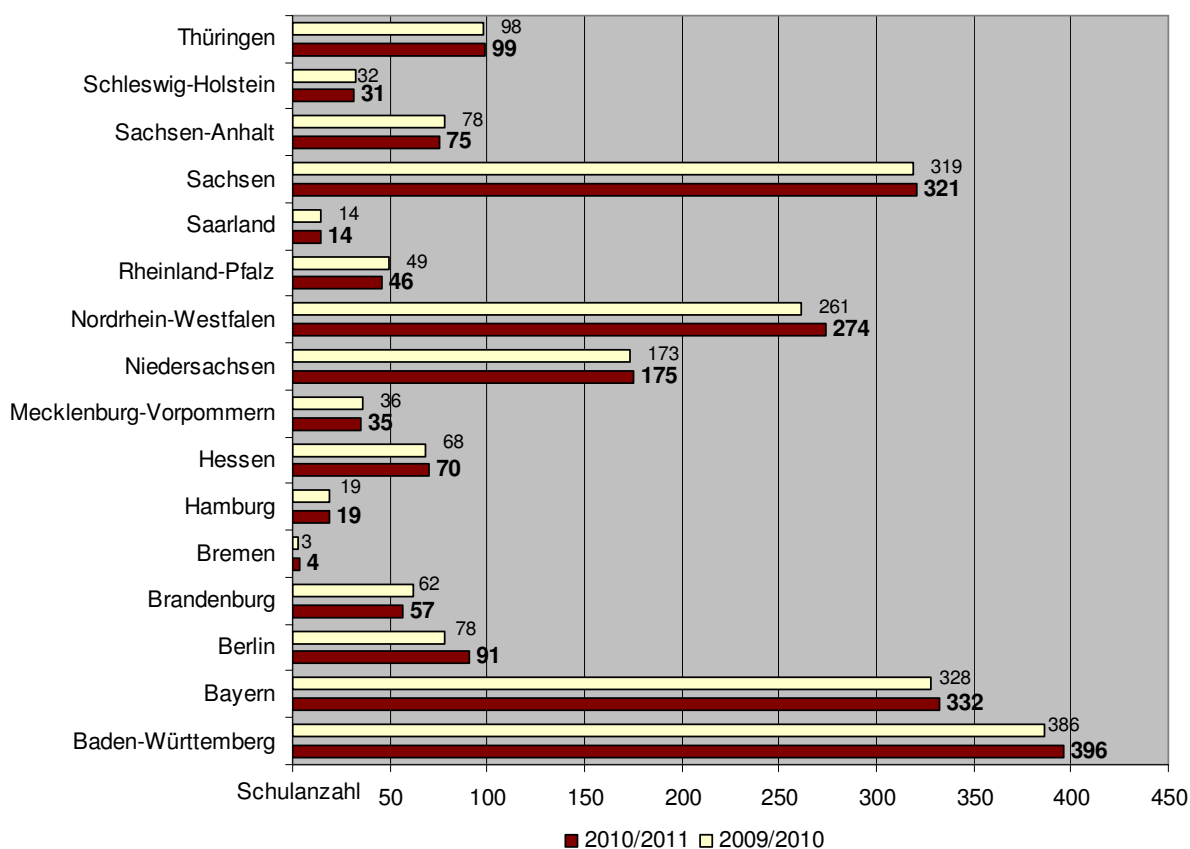


4. Anteil der Schüler an berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft an der Gesamtschülerzahl in Deutschland, nach Bundesländern, Schuljahr 2010/11



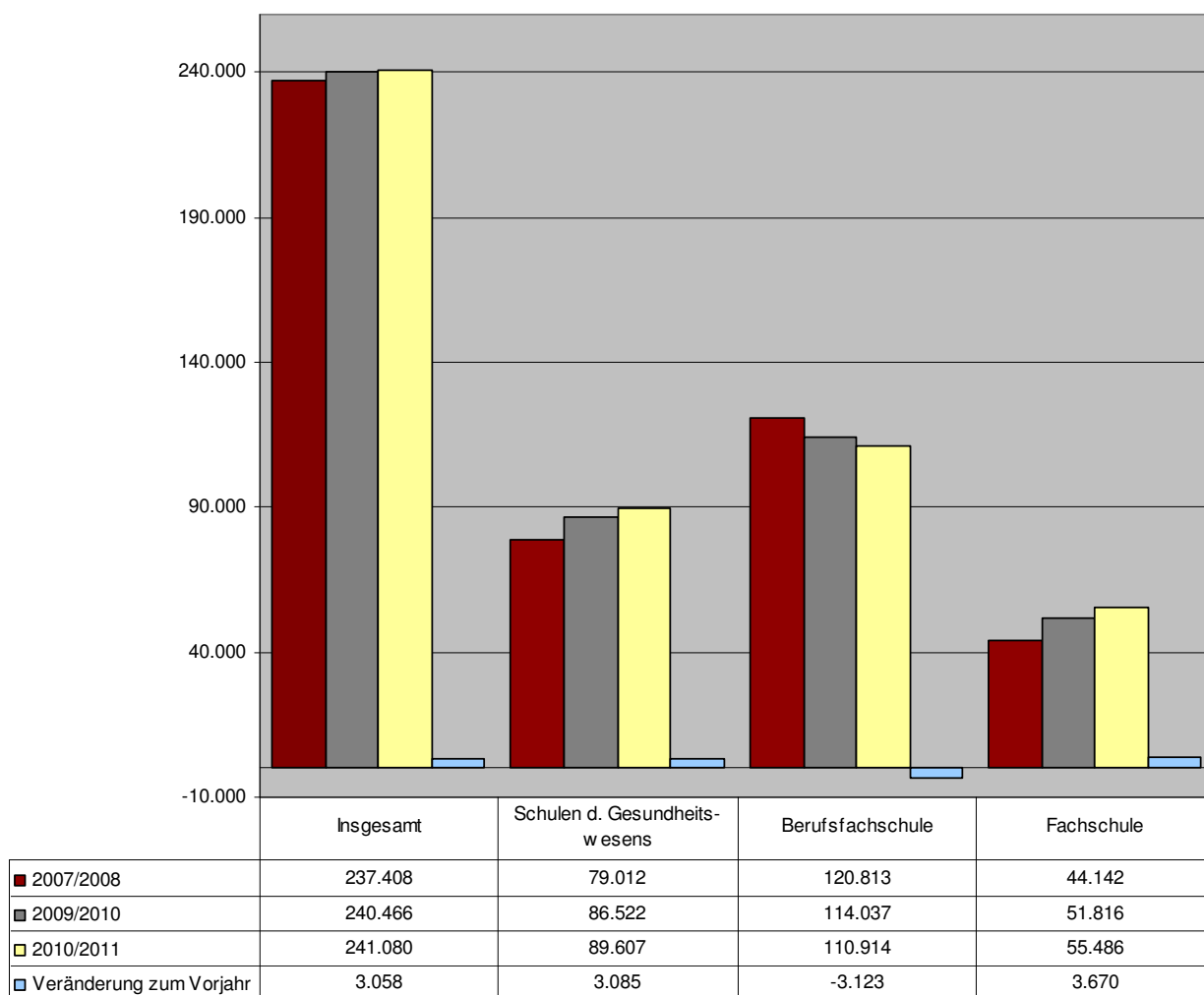
FACT-SHEET III

5. Anzahl der berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft, Schuljahr 2010/11, aufgeteilt nach Bundesländern



FACT-SHEET III

6. Veränderung der Schüleranzahl an berufsbildenden Privatschulen in Deutschland, Vergleich Schuljahr 2007/08, 2009/10, 2010/11 nach Schultypen



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

FACT-SHEET

zum Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

Name	Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP)
Vorstand	Michael Büchler – Präsident (seit 2005) Dr. Barb Neumann – Vize-Präsidentin Petra Witt – Vize-Präsidentin Werner Rose – Vorstandsmitglied Joachim Böttcher – Ehrenpräsident
Struktur	Der VDP wurde 1901 gegründet und ist der älteste Privatschulverband in Deutschland. Er ist ein Dachverband mit Sitz in Berlin. Durch seine zehn Landesverbände mit ihren Geschäftsstellen ist der VDP in allen Bundesländern vertreten.
Ausrichtung	Der VDP vertritt freie Bildungseinrichtungen, die im allgemein- und berufsbildenden Bereich, im Bereich Aus- und Weiterbildung, Arbeitsmarktdienstleistungen und Erwachsenenbildung sowie im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen) tätig sind. Der Verband bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich.
Aufgaben	Zentrale Aufgabe des VDP ist die Sicherung und Stärkung der gesellschaftspolitischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das freie Bildungswesen.
Mitgliederzahl	Der VDP vertritt mehr als 800 Bildungsträger mit weit über 2.000 Bildungseinrichtungen.



VDP
VERBAND DEUTSCHER
PRIVATSCHULVERBÄNDE E.V.

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Reinhardtstr. 18
10117 Berlin

t: 0 30 / 28 44 50 88 - 0
f: 0 30 / 28 44 50 88 - 9

presse@privatschulen.de
www.privatschulen.de